

Die Krise im deutschnationalen Parteilager.

Vom Reichstagsabgeordneten G. Kraft.

Wien, 12. Oktober.

Die Gründe für den Austritt der Radikalen, der naturgemäß die Sprengung des Deutschen Nationalverbandes zur Folge hat, liegen größtenteils in der Verschiedenheit der Forderungen der Wähler in den einzelnen Kronländern und Wahlbezirken. Daß der große Deutsche Nationalverband mit seinen schwerfälligen Vollversammlungen nur mit großen Mühen beweglich war, ist leicht einzusehen, insbesondere aber war es außerordentlich schwierig, den Verband in eine energische und entschiedene Richtung zu bringen. Die streng Nationalen der Alpenländer waren in der Periode Stürglth diejenigen, welche für eine entschiedene Front gegen die Regierung Stellung nahmen. Insbesondere war es die Jungdeutsche Vereinigung, die spätere Deutschvölkische Vereinigung, die aus alpenländischen Abgeordneten bestand, die gegen die Regierung Stürglth oft und entschieden Stellung nahm und im Deutschen Nationalverband verlangte, daß dieser in Opposition gehe. Das Vorgehen der alpenländischen Abgeordneten war gegen das ganze System Stürglth gerichtet, die Anschauungen der alpenländischen Abgeordneten blieben aber leider im Nationalverband ohne Resonanz. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätte die Aera Stürglth wohl noch vor dem Verfassungsbruch ein unruhmlisches Ende gefunden.

Nach der Aera Doerber traten die Vertreter der Alpenländer für die Einberufung des Parlaments ein, fügten sich aber schließlich den Anschauungen der anderen deutschen Gruppe, welche vermeinte, durch die Otkroipolitik große Erfolge erzielen zu können. In den alpenländischen Kreisen neigte man sich aber immer eher der Meinung zu, daß höchstwahrscheinlich auf diesem Wege eine Lösung doch nicht gefunden werden könne.

Nach dem Sturze des Grafen Cam-Martinic und mit der Regierung Seidler traten überraschende politische Ereignisse ein, für welche aber keinesfalls der Nationalverband verantwortlich gemacht werden kann. Die Niederlage bei der Annahme der Geschäftsordnung im Hause hat weder die Arbeitsgemeinschaft noch die Deutsche Agrarpartei verschuldet. Die Amnestie kam plötzlich, über Nacht. Für diesen Akt hätte man die Regierung verantwortlich machen können, allerdings nur dann, wenn man rein formalistisch vorgegangen wäre. Der Sturz des vollständig neutralen, aber doch immerhin deutschfreundlichen Ministeriums hätte leicht herbeigeführt werden können; ob aber der deutsche Einfluß stark genug gewesen wäre, ein den deutschen Interessen mehr entsprechendes Kabinett an die Spitze der Geschäfte zu stellen, ist bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im Abgeordnetenhaus sehr fraglich. Auch hier waren es nicht nur die Agrarier und die Mitglieder der Deutschen Arbeitsgemeinschaft allein, welche sich gegen eine Oppositionspolitik kontra Seidler ausgesprochen haben, sondern es waren die Radikalen bei der Abstimmung in gleicher Weise beteiligt.

Ein unmittelbarer Anlaß zum Austritt der Radikalen liegt derzeit eigentlich nicht vor. Man müßte als Gründe eine Reihe von Vorläufern längerer Zeit zusammenfassen und dazu noch eine große Zahl von in persönlichen Verhältnissen zu findenden Ursachen addieren, um die gegenseitigen Unstimmigkeiten zu begreifen die zum Bruche führten. Gewiß waren auch die anderen Parteien des Nationalverbandes nicht von dem Zusammensein ganz befriedigt, sie wären jedoch auf alle Fälle dem Verbande treu geblieben, um eine große taktische Einheit des deutschen Volkes und seiner Vertreter zu besitzen, die immerhin einer Regierung gegenüber von ganz anderer Wirkung ist als einzelne kleine Gruppen, wenn diese auch selbst durch einen gemeinsamen Vollzugsausschuß zusammengehalten werden. Es ist eben das Schicksal der Deutschen in Oesterreich, daß sie fortwährend sich in kleine Parteigruppen auflösen müssen und dann wieder eine große Energie aufzuwenden gezwungen sind und monats- und jahrelanger Verhandlungen und politischer Schicksalsschläge bedürfen, um sich wieder zusammenzufinden. So wird es auch diesmal kommen. Die Gruppen des Deutschen Nationalverbandes werden sich nach parteimäßigen Grundsätzen formen, um dann wieder gemeinsam eine taktische Einheit zu finden. Bisher waren von den Deutschnationalen und Freiheitlichen im österreichischen Parlamente stets folgende Partei-

richtungen vertreten: Erstens die Agrarier unter verschiedenen Titeln und Namen (Großgrundbesitz, deutsch-böhmische Agrarpartei usw.), zweitens die sudetenländische radikalnationale Partei, die je nach den Zeitläuften verschiedene Parteibezeichnungen trug (Alldeutsche, Freialldeutsche, Deutschradikale), die Nationalen der Alpenländer (Autonomisten unter Kaiserfeld, deutsche Volkspartei, Jungdeutsche, Deutschvölkische Vereinigung), viertens die Liberalen der Sudeten- und Alpenländer (Fortschrittspartei, Freisinnige). Dazu kommt jetzt als eine in früheren Zeiten noch nicht aufgetretene deutschdemokratische Richtung mit ganz oder teilweise sozialistischem Programm, die Partei der deutschen Sozialdemokraten und die Deutsche Arbeitspartei. Diese Richtungen sind einmal vorhanden und bleiben bestehen, wenn auch verschiedene Parteiverbände entstehen und wieder vergehen. Die Obederung der Deutschfreiheitlichen und Nationalen Oesterreichs wird sich kaum nach anderen Gesichtspunkten in der Zukunft vollziehen, als nach der historischen Entwicklung, wie sie hier in kurzen Hinweisen dargestellt wird. Wir können daher ruhig der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen. In großen nationalen Fragen wird das gemeinsame Bindeglied gewiß vorhanden sein und wirklich radikale Parteien, die in großen Verbänden nicht fehlen dürfen — dieses wirklich aber muß man dreimal unter-

streichen — sind niemals ohne Vorteil für die Gesamtheit und für die Sache, denn sie bilden Sporn und Peitsche, die zur politischen Tat treiben.

13./X. 1917